

# 10 Thesen des Bez.EA Ver.di Südbaden zu den Forderungen des LEA „Eckpunkte Beschäftigungspolitik“

1. Der Bez.EA Ver.di Südbaden ist der Meinung, dass der Forderungskatalog des LEA keine ausreichende Grundlage für die Erwerbslosenarbeit vor Ort darstellt. So sinnvoll die einzelnen Forderungen sein mögen, sind sie doch unter der Überschrift „Eckpunkte einer Beschäftigungspolitik“ keine Orientierungshilfe bezüglich der aktuellen neoliberalen Verhältnisse, der Arbeitslosigkeit und der Situation von Erwerbslosen in Baden Württemberg.

Wir sind der Meinung, dass gewerkschaftlich organisierte Erwerbslose die Lösung ihrer Probleme nicht ursächlich in der Formulierung von **Eckpunkten einer Beschäftigungspolitik** sehen können, sondern von ihrer **objektiven wie subjektiven Interessenslage** ausgehen müssen. Sie brauchen also **Eckpunkte einer Erwerbslosenpolitik**, die ihnen eine Perspektive aus dem Dschungel des Existenzkampfes in einer neoliberalen Gesellschaft bietet.

2. Teil II der Eckpunkte „Massenarbeitslosigkeit muss abgebaut werden, das erreichen wir mit...“ ist oberflächlich und gibt keine Antworten auf die realen ökonomischen und politischen Voraussetzungen. Wir sind der Meinung, dass der Abbau von Massenerwerbslosigkeit, sich nicht durch das Aneinanderreihen ökonomischer Forderungen aus der Schublade traditioneller gewerkschaftlicher Forderungen erreichen lässt. Die Beantwortung der Frage ist nicht in erster Linie eine ökonomische, sondern eine brisant politische.

Wer Massenerwerbslosigkeit abbauen will, muss die neoliberalen Strategien auf dem globalen Arbeitsmarkt bekämpfen. Das Kapital optierte weltweit für einen Generalangriff auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der erwerbstätigen Menschen. In den industrialisierten kapitalistischen Kernländern ist dies verbunden mit dem massiven Angriff auf die integrative Stellung von Gewerkschaften im System und der Schaffung eines enormen Erwerbslosenheeres, das sowohl die Konkurrenz unter den Erwerbstätigen wie auch die Konkurrenz unter den sozialen Schichtungen der auf Erwerbsarbeit Angewiesenen enorm steigert.

3. Der Abbau von Massenerwerbslosigkeit lässt sich nicht mit Rezepten aus der Zeit des kalten Krieges erreichen. Die 35 Stunden Woche steht (allerdings auch nicht branchenübergreifend) in einigen Einzelgewerkschaften auf dem Papier (Manteltarif) ist aber real nicht verwirklicht, bzw. durch Flexibilität (Arbeitszeitkonten, Ausnahmeregelungen, Haustarife etc.) durchlöchert. Die Gewerkschaften befinden sich beim Thema Arbeitszeit inzwischen bundesweit in der Defensive. Der Kampf um Arbeitszeitverkürzung scheint verloren, obwohl diese nötiger wäre denn je. Gründe dafür sind nicht nur in den Angriffen der Arbeitgeber zu suchen, sondern auch in den innergewerkschaftlichen Widersprüchen.

4. Gewerkschaftliche Erwerbslosenarbeit kann sich nicht in Richtung Einzelkapitalist oder Unternehmerverband, sondern muss sich in Richtung Gesellschaft positionieren. Ihre Ziele decken sich nicht unbedingt mit der traditionellen sozialdemokratischen Forderung nach Reintegration auf dem ersten Arbeitsmarkt. Zeiten der Erwerbslosigkeit könnten genossen werden (in gesellschaftlich nützlicher Weise), würde die Gesellschaft Erwerbslose nicht unter das rigide System der Arbeitskraftverwertung stellen. Ihr Gegner sitzt nicht nur in den Cheftagen der Unternehmen, sondern an den Schalthebeln der politischen Macht.

Erwerbslose positionieren sich:

- ◆ gegen die Konkurrenz zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen;
- ◆ gegen Krieg;
- ◆ gegen Demokratieabbau (Maßnahmen zur Ausweitung und Gestaltung gesellschaftlicher Repression laufen derzeit über die Umsetzung der Erwerbslosigkeitsverwaltung)
- ◆ gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (siehe neuester Report von Clement über die Erwerbslosen als Parasiten)

5. Erwerbslosigkeit bedeutet auch das objektive Infragestellen eines ökonomischen Systems, das von sich behauptet, über die regulierenden Kräfte des Marktes allen Menschen auf dieser Erde ein menschenwürdiges Auskommen und Einkommen verschaffen zu können. Das Gegenteil ist die Realität. Auch in den reichen Industriestaaten werden viele Menschen in zunehmendem Maße auf das Niveau der Armen in den Ländern der dritten Welt reduziert: d.h. ohne Rechte, ohne Einfluss, ohne Stimme. (Bei Ebay hat kürzlich ein Erwerbsloser in Deutschland seine Niere zum Verkauf angeboten).

Erwerbslose positionieren sich als Ausgegrenzte der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft:

- ◆ für eine menschenwürdige Zukunft einer globalen Gesellschaft
- ◆ für eine freie und selbst bestimmte Ökonomie als Voraussetzung eines freien, selbst bestimmten Lebens.
- ◆ für eine demokratische Gesellschaft, in der das oberste Prinzip, das Recht auf Menschsein durch eine Ökonomie der Verträglichkeit mit der Natur, des sozialen Vorrangs, der Aufhebung von entfremdeter Arbeit umgesetzt wird.
- ◆ für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums als Voraussetzung demokratischer und selbst bestimmter sozialer Lebensverhältnisse.

6. Der gesellschaftliche Reichtum, den Industriestaaten produzieren ist enorm. In Zahlen ausgedrückt haben nur die Öriesen allein in diesem Jahr durch Preissteigerungen 80 Milliarden US-Dollar Extraprofite erwirtschaftet. Wie solche Zahlen zustande kommen, bleibt im Dunkel der Konzernstrategien. Sie deuten auf den immensen Raub an natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen rund um den ganzen Globus.

7. Erwerbslose halten die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) für einen wesentlichen Schritt, der Tendenz des Kapitals zur hemmungslosen und amoralischen Ausbeutung menschlicher und natürlicher Ressourcen entgegenzuwirken. Das BGE ist nicht Beseitigung der kapitalistischen Ökonomie, aber auch nicht nur die Begradigung ihrer ungehemmten Auswüchse (soziale Marktwirtschaft, Keynes). Es ist keine utopische Zauberformel, sondern ein zu verwirklichendes Ziel der Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten.

8. In Zeiten andauernder Massenerwerbslosigkeit und ökonomischer Krise stellt sich die Frage nach den gewerkschaftlichen Zielvorstellungen und Aufgaben. Erwerbslosigkeit ist nicht einfach nur mehr eine kurzfristige Unterbrechung der Erwerbsarbeitszeit im Leben, sondern trifft bestimmte Gruppen der Erwerbstätigen auf längere Zeit oder auf Dauer (Ältere Erwerbstätige, Alleinerziehende). Erwerbslose Frauen werden immer öfters in die versteckte Erwerbslosigkeit gedrängt. Die Zielvorstellung Vollbeschäftigung, wie sie der DGB heute noch anstrebt, geht an den bestehenden Realitäten völlig vorbei. Die Forderung nach Schaffung neuer, Tarif gebundener Arbeitsplätze ist kein überzeugendes Rezept zur Bewältigung der Krise der Arbeitswelt (Jeder neu geschaffene Arbeitsplatz basiert auf der Vernichtung unrentabler Arbeit).

Gewerkschaften müssen begreifen, dass bei vielen ihrer erwerbslosen Mitglieder eine Zäsur gesetzt wurde, und die daraus resultierenden Lebensbedingungen nur noch am Rande die ureigenste Domäne betrieblicher Abwehr- und Schutzkämpfe tangieren. Viele erwerbslose Mitglieder haben von sich aus die Konsequenz gezogen und sind aus ihrer Gewerkschaft ausgetreten. Angebote zur Lösung ihrer Probleme sind nur fragmentarisch vorhanden und daher ist ein Verbleib als Mitglied nicht unbedingt einsichtig.

***Gewerkschaftliche Erwerbslosenarbeit muss von der Situation der Erwerbslosen ausgehen und hat folgende Voraussetzungen:***

- ◆ Erwerbslose brauchen eine Existenzsicherung (keine Grundsicherung), die ihre wirtschaftliche und kulturelle Integration in der Gesellschaft aufrechterhält.
- ◆ Erwerbslose brauchen Angebote sinnvoller gesellschaftlicher Tätigkeiten, die abseits der knappen Erwerbsarbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt, angesiedelt sind (Weiterbildung solidarisches Arbeiten, Arbeitslosenzentren, Soliservices, alternative kooperative Betriebe, dritte Welt-Projekte).
- ◆ Erwerbslose brauchen ein gesellschaftliches Klima, das ihnen eine individuelle Lebensplanung ermöglicht und garantiert.

***Dies ist nur möglich durch eine Entkopplung von Arbeit und Einkommen.*** Mit der Schaffung eines BGE werden individuelle Freiräume erweitert, neue Formen des sozialen Zusammenhalts entwickelt, die demokratische Gestaltung des Gemeinwesens gefördert. Wenn jede Bürgerin / jeder Bürger darauf einen Rechtsanspruch hat, entfällt die soziale Stigmatisierung als Bittsteller an den Staat.

9. Die Arbeit des LEA muss den neuen Anforderungen der gesellschaftlichen Krise angepasst werden. Seine organisatorische Stellung beinhaltet auch regionale Verantwortung in der Analyse und Beurteilung der Situation von Erwerbslosigkeit in Ba-Wü. Wir schlagen daher vor, dass der LEA sich ein konkretes Arbeitsprogramm setzt, das die Kontinuität von Erwerbslosenarbeit innerhalb der Ver.di Region stabilisiert und stärkt.

Es sollte folgende Punkte enthalten:

- ◆ **Analyse:** Situation der Erwerbslosigkeit in BA-Wü (Zentren der Erwerbslosigkeit, Erwerbslosigkeit auf dem Land). Umsetzung von Hartz IV und neue Armut.
- ◆ **Theorie:** Formen des Widerstands und der Perspektiven gewerkschaftlich organisierter Erwerbsloser. Gesellschaftl. Modelle für eine sozial gerechtere Gesellschaft.
- ◆ **Praxis:** Kampagnen, Projekte, Beratung. Einsetzung von Arbeitsgruppen.

**10. Der LEA sollte sich aktiv in die programmatische Diskussion bei ver.di einbringen. Er sollte für mehr Transparenz innerhalb der ver.di -Erwerbslosenpolitik sorgen. Der LEA sollte analog der Richtlinien für Erwerbslosenpolitik dafür sorgen, dass der Informationsfluss von der Bundesebene bis zur Ortsebene durch seine Delegierten gewährleistet wird. Stärker als bisher sollte er mit anderen Erwerbsloseninitiativen zusammenarbeiten und sich an überregionalen Koordinationskonferenzen oder Sozialforen beteiligen. Dies als Umsetzung der in ver.di mit dem Perspektivenkongress im Mai 2004 begonnen Hinwendung zu überregionaler Zusammenarbeit und Vernetzung.**